

Christoph Lind

## Die Zerstörung der jüdischen Gemeinden Niederösterreichs 1938–1945

### Einleitung

Die ersten jüdischen Gemeinden Niederösterreichs entwickelten sich im 13. Jahrhundert. Sie wurden 1420/21 zerstört. Nach Neuansiedlungen erfolgte 1670 eine weitere Vertreibung. Seit dieser Zeit bestanden im Land keine jüdischen Gemeinden mehr. In Wien, wo eine Reihe tolerierter Familien lebte, war es ausdrücklich verboten, eine Gemeinde zu gründen. Ein gemeindeähnliches Leben vollzog sich deshalb vor allem im privaten Bereich, d. h. im Rahmen der Familie. Im 18. Jahrhundert zogen Juden und Jüdinnen, wenn man von den „Tolerierten“ absieht, als Wanderhändler, die keinen Wohnsitz nehmen durften, durch Niederösterreich. Das Toleranzpatent Kaiser Josefs II. von 1782, mit dem die Vorgeschichte der Gründung der modernen jüdischen Gemeinden Niederösterreichs beginnt, machte die Niederlassung von Juden und Jüdinnen im Erzherzogtum unter der Enns, mit Ausnahme Wiens, von der Gründung einer Fabrik oder eines „nützlichen Gewerbes“ abhängig. Aus diesem Grund ließen sich in den folgenden Jahrzehnten nur wenige Juden und Jüdinnen auf dem Land nieder. Erst im Gefolge der Revolution von 1848 erhielten die jüdischen Untertanen des Kaisers nach und nach bürgerliche Rechte; Niederlassungsfreiheit und freie Berufswahl wurden gewährt. Ihre völlige Gleichstellung erfolgte aber erst durch die Staatsgrundgesetze von 1867.

Die modernen jüdischen Gemeinden Niederösterreichs entstanden nun seit der Mitte des 19. Jahrhunderts durch Zuwanderung aus den Kronländern der Monarchie, vor allem aus Böhmen, Mähren und Westungarn, dem heutigen Burgenland. Bis zum Ersten Weltkrieg konstituierten sich 15 Israelitische Kultusgemeinden (IKG). Das Land war somit das österreichische Bundesland mit den meisten jüdischen Gemeinden. So bestanden im Burgenland zehn, in Oberösterreich und der Steiermark je zwei und in den übrigen Ländern je eine IKG mit Sitz in den Hauptstädten. Vorarlberg gehörte zur IKG Innsbruck. Wien mit seiner einen, großstädtischen und im Vergleich zu den Ländern riesigen Gemeinde nahm eine Sonderstellung ein.

Laut Volkszählung von 1934 lebten in Niederösterreich 7.716 Menschen, die sich zum jüdischen Glauben bekannten. Im Burgenland betrug deren Zahl 3.632, in der Steiermark 2.195, in Oberösterreich 966, in Tirol 365, in Kärnten 269, in Salzburg 239, in Vorarlberg 42 und in Wien 176.034. Dies bedeutet, dass zwar nur acht Prozent der jüdischen Bevölkerung Österreichs außerhalb Wiens lebte, die Hälfte davon aber in Niederösterreich.<sup>1</sup>

Die IKG hatten ihre Sitze in Amstetten, Baden, Gänserndorf, Groß-Enzersdorf, Hollabrunn, Horn, Krems, Mistelbach, Mödling, Neunkirchen, St. Pölten, Stockerau, Tulln, Waidhofen an der Thaya und Wiener Neustadt. Neben diesen namengebenden Städten umfasste

---

1 Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934, hrsg. vom Bundesamt für Statistik, Wien 1935.

der jeweilige Kultussprengel auch deren Umland, sodass jedes niederösterreichische Dorf und jede niederösterreichische Stadt einer bestimmten IKG zuzuordnen waren.

Der „Anschluss“ brachte im März 1938 den Anfang vom Ende der jüdischen Gemeinden in Niederösterreich. Die Städte und Gemeinden „arisieren“ Synagogen, Friedhöfe und sonstigen Gemeindebesitz. Während des Novemberpogroms 1938 zerstörten und schändeten Nationalsozialisten und deren Sympathisanten Synagogen, Bethäuser und Friedhöfe in ganz Niederösterreich. Bis Mitte 1940 wurden die letzten noch bestehenden Kultusgemeinden aufgelöst. Die niederösterreichischen Juden und Jüdinnen waren in den Monaten nach dem „Anschluss“ bzw. in einer zweiten Welle nach dem Novemberpogrom aus dem Land vertrieben worden. Wer nicht ins sichere Ausland flüchten konnte oder wollte, zog nach Wien. Etwa ein Drittel der niederösterreichischen Juden und Jüdinnen wurde deportiert und ermordet.

Nach 1945 kamen nur wenige der Vertriebenen in ihre Heimat zurück. Jüdische Gemeinden konnten sich nicht mehr organisieren. Nur in Baden konstituierte sich ein „Synagogenverein“, der heute die einzige gemeindeähnliche jüdische Organisation Niederösterreichs darstellt. Rechtsnachfolgerin der 15 zerstörten Gemeinden Niederösterreichs war und ist bis heute die IKG Wien, die auch deren Synagogen und Friedhöfe unter teilweise inakzeptablen Bedingungen restituiert erhielt.<sup>2</sup>

## „Anschluss“ und „Anschlusspogrom“

Die Verfolgung der niederösterreichischen Juden und Jüdinnen setzte sofort mit dem „Anschluss“ ein.<sup>3</sup> Die Zeitungen begannen mit ihrer Hetze, jüdische Geschäfte wurden mit antisemitischen Parolen beschmiert und ausgeplündert, die Nationalsozialisten organisierten sogenannte „Putz- und Reibpartien“. Juden und Jüdinnen wurden mit Schildern um den Hals durch die Städte getrieben und öffentlich gedemütigt.

In Baden mussten Juden und Jüdinnen aufgemalte Parolen der Vaterländischen Front von den Straßen waschen. Die „Wienerwald-Rundschau“ berichtete über diese „Aktion“:

„Juden räumen ‚vaterländischen‘ Dreck weg. Am Samstag wurden die Juden Zimmer, Eisen, Steinsberg, Breuer, Smetana, Baumsteiger abgeholt, mit Kübel, Bürsten, Laugenessenz ging es zur Arbeit, den vaterl.[ändischen] Schmutz am Pfarrplatz, Frauengasse, Vöslauerstraße vom Asphaltpflaster wegzuputzen. Hunderte sahen diesem Schauspiel zu, sogar Verkehrsstockungen traten ein. Leider gab es auch einige Christen, die Mitleid hatten. Wie aber die Nationalsozialisten bei jeder Kleinigkeit unter Schuschniggs Herrschaft herangezogen wurden, da freute sich das Judentum herzlichst.“<sup>4</sup>

In Groß-Enzersdorf wurden drei Juden in der ersten Woche nach dem „Anschluss“ gezwungen, jüdische Geschäfte, Häuser und Wohnungen mit weißer Ölfarbe durch das Wort „Jude“ und einen Davidstern zu kennzeichnen. Auf dem Hauptplatz wurde eine große schwarze Tafel mit der Aufschrift „Ich will ein Deutscher sein und kauf‘ beim Juden ein?“

---

2 Siehe Duizend-Jensen, Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds, S. 221–233.

3 Siehe u. a. Moser, Die Verfolgung der Juden; Baumgartner/Streibel, Juden in Niederösterreich.

4 Wienerwald Rundschau, 10. 4. 1938.

aufgestellt. Auf dieser Tafel sollten die Namen jener Menschen, die den Boykott jüdischer Geschäfte brachen, bekannt gemacht werden.<sup>5</sup>

In Hollabrunn wurden jüdische Geschäfte ausgeraubt. Die Besitzer wurden gezwungen, vor der Gendarmerie eine Erklärung mit dem Inhalt abzugeben, dass sie die gestohlenen Waren der NSDAP geschenkt hätten. „Reibpartien“ wurden zusammengestellt, die Auslagenscheiben jüdischer Geschäfte mit Schriftzügen beschmiert. Schaulustige fanden es amüsant, wenn die jüdischen Besitzer versuchten, die Schmierereien wieder zu entfernen.<sup>6</sup>

In Krems beklebten Nationalsozialisten jüdische Geschäfte mit Plakaten, die die Aufschrift „Jude“ oder „Judensau“ trugen, und beschmierten die Synagoge mit Hakenkreuzen. Auch in Krems wurden „Reibpartien“ eingesetzt, die jüdischen Geschäfte boykottiert und Juden und Jüdinnen mit Tafeln um den Hals durch die Stadt getrieben.<sup>7</sup>

In Mistelbach hatte die SA bereits zwei Tage nach dem „Anschluss“ Boykottwachen vor allen jüdischen Geschäften organisiert.<sup>8</sup> Einige Mistelbacher Juden wurden in einen Eiskeller gesperrt. Bevor sie erfroren, wurden sie herausgeholt und verprügelt. Dabei durften sie den Tätern nicht ins Gesicht sehen.<sup>9</sup>

In Laa an der Thaya wurden „Reibpartien“ zusammengestellt, die die Straßen mit Zahnbürsten reinigen mussten. Von dieser „Aktion“ wurden auch Fotos angefertigt. Angeblich kaufte nach dem Krieg ein bekannter Bürger der Stadt viele dieser Bilder auf, da er befürchtete, erkannt zu werden. Eine Frau, die in einem jüdischen Geschäft einkaufen wollte, trieben die Nationalsozialisten mit einem Schild um den Hals durch den Ort.<sup>10</sup>

In Mödling führten Mitglieder der NSDAP in der Nacht vom 11. auf den 12. März sogenannte „Hausdurchsuchungen“ und „Beschlagnahmungen“ bei Angehörigen der Vaterländischen Front, bei KommunistInnen, SozialdemokratInnen und Juden und Jüdinnen durch.<sup>11</sup> Am 17. März 1938 wurden drei Funktionäre der Vaterländischen Front von der SA durch Mödling getrieben. Sie mussten abwechselnd eine Tafel mit der Aufschrift „Wir haben das Volk verraten“ tragen und die jüdischen Geschäfte der Stadt mit Plakaten kennzeichnen. Der Gruppe ging ein Trommler voran.<sup>12</sup> Am 27. April, drei Tage nach Ostern, wurden jüdische Geschäftsleute gezwungen, antisemitische Parolen auf Geschäfte zu schmieren. Zwei Kaufleute und eine Frau mussten in Auslagen stehen. Einer der Kaufleute hielt dabei die Bronzene Tapferkeitsmedaille in der Hand, mit der er im Ersten Weltkrieg ausgezeichnet worden war.<sup>13</sup>

In Neunkirchen wurde der Kaufmann Siegfried Jaul mit einer Tafel mit der Aufschrift „Ich bin ein dreckiger Judenbinkel und habe viele betrogen“ durch die Straßen der Stadt getrieben.<sup>14</sup> In den Wochen nach dem „Anschluss“ fanden auch hier „Hausdurchsuchungen“

---

5 Injoest (Institut für jüdische Geschichte Österreichs), Ordner IKG Groß-Enzersdorf, Bericht von Dr. Erich Katz „Die Tage und Nächte des Nazi-Terrors 1938/39“, Troy, NY 1990, S. 2 f.

6 Gollonitsch, „Als wär nichts geschehen“, S. 10.

7 Streibel, Plötzlich waren sie alle weg, S. 44 f.

8 Kloner, Die Israelitische Kultusgemeinde in Mistelbach, S. 14.

9 Müllner/Smith-Manschott, Den Toten den Namen zurückgeben, S. 14.

10 Müllner, Die Juden in Laa an der Thaya, S. 44. Müllner bekam zwei der erwähnten Fotos zu Gesicht, durfte aber keine Abzüge anfertigen.

11 Burger/Rinner/Strobl, Ausgelöscht, S. 126.

12 Mödlinger Nachrichten, 19. 3. 1938; Wienerwald-Rundschau, 27. 3. 1938.

13 Schildböck, Geschichte der Juden in Mödling, S. 167.

14 Milchram, Heilige Gemeinde Neunkirchen, S. 77.

statt, bei denen das Vermögen von Juden und Jüdinnen durch SS und SA gestohlen wurde. Es kam auch zu „Reibaktionen“.<sup>15</sup>

In Stockerau trieben die Nationalsozialisten Juden und Jüdinnen durch die Straßen der Stadt. Sie wurden beschimpft und ebenfalls zu „Reibpartien“ zusammengestellt.<sup>16</sup>

In Korneuburg überfielen „SS- und SA-Horden“ die Geschäfte von Gegnern und Gegnerinnen des Nationalsozialismus, vor allem aber jene, die in jüdischem Besitz waren.<sup>17</sup> Juden/Jüdinnen und Nichtjuden/-jüdinnen mussten Parolen gegen die neuen Machthaber von den Straßen waschen.<sup>18</sup>

„Reibpartien“ wurden auch in St. Pölten zusammengestellt. SS-Männer drangen zudem in jüdische Wohnungen und Geschäfte ein, wo sie Schmuck, Geld und sonstige Wertsachen stahlen.<sup>19</sup>

In Tulln holten Parteifunktionäre und SA-Männer Juden und Jüdinnen aus ihren Wohnungen und zwangen sie, mit bloßen Händen oder Zahnbürsten Straßen, Gehsteige und Wände von den Parolen der Vaterländischen Front zu säubern.<sup>20</sup> Auch auf der Tullner Donaubrücke fand eine „Reibpartie“ statt.<sup>21</sup> Bereits am 12. März plünderten SA, SS und Parteifunktionäre jüdische Wohnungen und Geschäfte. Geschäfte und Häuser wurden zudem mit Parolen wie „Saujud“ und „Juda verrecke“ beschmiert, Nichtjuden und -jüdinnen am Einkauf in jüdischen Geschäften gehindert.<sup>22</sup>

In Waidhofen an der Thaya wurden die jüdischen Geschäfte sofort gesperrt. Am 13. März 1938 marschierte die Waidhofener SA vor dem Haus der Familie Stukhart auf. Hugo Stukhart, der Vorsteher der IKG, wurde misshandelt. Augenzeugin der Aktion war Emilie Schmolka, die Witwe eines jüdischen Arztes. Angsterfüllt beging sie am 22. März Selbstmord durch Erhängen am Fensterkreuz.<sup>23</sup>

In Wiener Neustadt wurden bei einem Aufmarsch von SA-Männern noch im März 1938 zumindest jene Scheiben der Synagoge, die den großen Davidstern an der Fassade einfassen, eingeschlagen. Die Absicht, die Synagoge in Brand zu stecken, scheiterte nur an den Protesten der Nachbarn, die ein Übergreifen des Feuers auf ihre Häuser befürchteten.<sup>24</sup>

## Vom „Anschluss“ zum Novemberpogrom

„Anschluss“ und „Anschlusspogrom“ führten zu einer Massenflucht der Juden und Jüdinnen aus Niederösterreich. Der Mitgliederschwund, dem sich die IKG dadurch ausgesetzt sahen, beeinträchtigte deren Funktionieren in personeller wie finanzieller Hinsicht, da die Einnahmen aus den Kultussteuern stark zurückgingen. Die IKG sahen sich zudem auf Grund der Geschäftsboykotte und Entlassungen innerhalb weniger Wochen nach dem „Anschluss“ mit

---

15 Ebenda, S. 78 f., 82.

16 Krehan, Geschichte von Stockerau, S. 163.

17 Finz/Drescher, Korneuburg von der Jahrhundertwende bis heute, S. 113.

18 Injoest, Ordner IKG Stockerau, Schreiben des Museumsvereins Korneuburg an Norbert Feichtenschlager vom 3. 2. 1992.

19 Lind, „... es gab so nette Leute dort“, S. 112 f.

20 Schwarz, Tulln ist judenrein, S. 91.

21 Ebenda, S. 250.

22 Ebenda, S. 92 ff.

23 Führer/Hitz, Juden in Waidhofen an der Thaya, S. 316, 321, 341.

24 Gerhartl, Geschichte der Juden in Wiener Neustadt, S. 98.

zunehmender bzw. totaler Verarmung ihrer Mitglieder konfrontiert. Sie versuchten, deren Not im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu lindern. Die IKG St. Pölten richtete beispielsweise in der St. Pöltner Synagoge ein „Referat für Fürsorge und Auswanderung“ ein. Dieses hatte die Aufgabe, EmigrantInnen zu beraten sowie in Not geratene Gemeindemitglieder zu unterstützen. Finanziert wurde die Fürsorge aus Spenden von St. Pöltner Juden und Jüdinnen, deren wirtschaftliche Existenz noch nicht ruiniert war bzw. die noch über entsprechende Geldmittel verfügten. Der dringende Geldbedarf zeigt sich auch an der Aufforderung des Kultusvorstandes an die weiblichen Gemeindemitglieder, keine Blumen mehr in die Synagoge mitzubringen, sondern das Geld der Fürsorge zu spenden.<sup>25</sup>

Die St. Pöltner Gemeinde wurde zudem von der IKG Wien finanziell unterstützt.<sup>26</sup> Auch andere Gemeinden wie beispielsweise Baden mussten von der IKG Wien subventioniert werden.<sup>27</sup> Am 7. August 1938, kaum fünf Monate nach dem „Anschluss“, erklärten sich mehrere IKG aus den Ländern für nicht mehr fähig, sich aus eigener Kraft zu erhalten. Auch diese mussten nun von der IKG Wien unterstützt werden, damit sie ihren Aufgaben weiter nachkommen konnten.<sup>28</sup> Die IKG Wien übernahm und verwaltete zudem Thorarollen und andere Kultgegenstände der aufgelösten beziehungsweise sich in Auflösung befindlichen Gemeinden. Thorarollen wurden teilweise an Siedlungen in Palästina und kleine jüdische Gemeinden in Amerika übergeben.<sup>29</sup>

Die Vertreibung der Juden und Jüdinnen aus Niederösterreich erfolgte regional unterschiedlich. Sie war einerseits vom Verfolgungsdruck, den die lokalen Nationalsozialisten zu entfesseln imstande waren, abhängig, andererseits gab es auch groß angelegte Vertreibungsaktionen aus ganzen Landkreisen. Im Herbst 1938 wurden die Juden und Jüdinnen aus den Grenzbezirken im Norden und Osten Niederösterreichs vertrieben. Vor dem Hintergrund der Sudetenkrise wurden sogenannte „strategische“ Gründe vorgeschoben; die Nationalsozialisten wollten entlang der Grenze einen 50 Kilometer breiten, „judenfreien“ Streifen haben. Am 18. September 1938 ordnete beispielsweise die NSDAP-Kreisleitung Horn an, dass alle Juden und Jüdinnen den Kreis innerhalb von 24 Stunden zu räumen hätten. Letztere mussten ihre Häuser, Wohnungen und Geschäfte verlassen und sich in der Synagoge versammeln.<sup>30</sup> Ernst und Friederike Kummermann, die Kinder des verstorbenen Vorstehers der IKG Horn, brachten ihre kranke Mutter Emilie Kummermann mit einem Schubkarren zum Bethaus. Sie nahmen auch einige Habseligkeiten mit.<sup>31</sup> Am nächsten Tag, dem 19. September, wurden die Horner Juden und Jüdinnen per Lastwagen nach Wien transportiert. Ernst Kummermann schrieb in Englisch gefärbtem Deutsch:

„Wenn der von der Partei bestimmte Tag zu unserer Ausreise von Horn erreicht wurde, sind alle Juden und Jüdinnen mit Autobus Zaruba [Busunternehmen] nach Wien gefahren, als wir den Autobus verließen, jedermann ging seinen eigenen Weg. Wir sind nicht in Verbindung geblieben und daher habe ich keine Kontakte.“<sup>32</sup>

---

25 Lind, „... es gab so nette Leute dort“, S. 115 f.

26 Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 152.

27 Ebenda, S. 200.

28 Ebenda, S. 152.

29 Ebenda, S. 202.

30 Rabl, Die Juden in Horn, S. 205.

31 Ebenda, S. 200.

32 Ebenda, S. 205.

Bis Mitte Oktober hatte die Hälfte der niederösterreichischen Juden und Jüdinnen ihre Heimatorte verlassen müssen.<sup>33</sup> Ende Oktober wies Adolf Eichmann die regionalen SD-Chefs persönlich an, dafür zu sorgen, dass die in der Provinz wohnenden Juden und Jüdinnen das Land bis zum 15. Dezember zu verlassen oder aber bis Ende des Jahres nach Wien zu übersiedeln hätten.<sup>34</sup> Zu diesem Zeitpunkt, Ende Oktober, waren bereits 58.000 österreichische Juden und Jüdinnen vertrieben worden, darunter 6.000 aus den ehemaligen Bundesländern.<sup>35</sup>

## Der Novemberpogrom

Am 9. November 1938 versammelten sich in München die Spitzen der NSDAP zur alljährlichen Gedenkfeier an den Putsch von 1923. Gegen acht Uhr abends erhielt Adolf Hitler die Nachricht vom Tode des dritten Sekretärs an der Deutschen Gesandtschaft in Paris Ernst vom Rath. Er besprach sich mit Josef Goebbels, der die Todesnachricht und Informationen über erste Ausschreitungen anschließend den Parteiführern überbrachte. Hitler hätte entschieden, „daß derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten“. Die Parteifunktionäre interpretierten diese Aussage in die Richtung, „daß die Partei nach außen nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte“. Das Treffen löste sich gegen 22.30 Uhr auf und noch aus dem Alten Rathaus in München gaben die Parteiführer entsprechende Anweisungen an ihre Dienststellen.<sup>36</sup> Dr. Hugo Jury, Gauleiter von Niederdonau, erteilte in einem Fernschreiben an SS-Sturmführer Konstantin Kammerhofer etwas widersprüchliche Befehle: „Demonstrationen gegen Juden und jüdische Geschäfte sind nicht zu unterbinden, aber auch nicht zu organisieren. Die Kreisleiter sind mir verantwortlich, daß keine kriminellen Aktionen (Plünderungen etc.) erfolgen. Wer plündert, ist zu verhaften.“<sup>37</sup>

In einem SD-Bericht heißt es über den Pogrom in Niederösterreich: „In Niederdonau kam die Aktion in erster Linie durch die Weisungen der Allgemeinen SS zustande. Die 52. SS-Standarte in Krems erhielt am 10. 11. um 4 Uhr früh von Wien den telefonischen Auftrag, den Juden die Fensterscheiben und die Türen einzuschlagen. Die SA-Standarten erhielten durch einen SA-Gruppenbefehl Auftrag. Dieser lautete sinngemäß: Am 10. 11. finden Aktionen gegen die Juden statt, die im allgemeinen mit der Kreisleitung durchzuführen sind. Diese Weisung hat naturgemäß jeder Auslegung freiesten Raum gelassen.“<sup>38</sup> Während des Novemberpogroms kam es in ganz Niederösterreich zu Ausschreitungen und Übergriffen gegen Juden und Jüdinnen, jüdischer oder vermeintlich jüdischer Besitz wurde geplündert, jüdische Gemeindeeinrichtungen wie Synagogen, Bethäuser und Friedhöfe wurden verwüstet.

In Amstetten erhielten die Stadtpolizisten den Befehl, um fünf Uhr morgens von den nächtlichen Streifen in die Wachzimmer zu gehen und dort zu bleiben.<sup>39</sup> In den Morgen-

---

33 Moser, Die Verfolgung der Juden, S. 337.

34 Gruner, Zwangsarbeit und Verfolgung, S. 53.

35 Ebenda, S. 68.

36 Döscher, „Reichskristallnacht“, S. 78.

37 Moser, Die Verfolgung der Juden, S. 371.

38 Ebenda, S. 372.

39 Freihammer, Das Schicksal der Amstettner Juden, S. 6.

stunden des 10. November wurden Fenster- und Auslagenscheiben jüdischer Geschäfte und Häuser eingeschlagen<sup>40</sup> und das Bethaus der IKG in der Ardaggerstraße in Brand gesteckt.<sup>41</sup> Die männlichen Juden wurden festgenommen und in den Gemeindegasthaus gebracht. Einige Feuerwehrleute spritzten mit dem Schlauch in den Arrest und durchnässten die Verhafteten völlig. Der Kommandant der Stadtwache, der seine Menschlichkeit nicht ganz verloren hatte, ließ ihnen daraufhin trockene Kleider geben. In den folgenden Tagen fanden weitere sogenannte „Hausdurchsuchungen“ statt.<sup>42</sup>

In Baden schlugen SS- und SA-Angehörige Schaufenster ein und bedrohten Juden und Jüdinnen in ihren Wohnungen und auf der Straße, die Synagoge wurde mit Äxten und Krampe verwüstet, das Inventar im Hof verbrannt. Die Synagoge selbst blieb vom Feuer verschont, da die Nationalsozialisten die Brandgefahr für die Stadt fürchteten.<sup>43</sup> In einem Bericht heißt es: „Bald hieß es in Baden: ‚Beim Deutsch tan’s die Juden verbrennen.‘ Viele Badener kamen, um sich das Schauspiel anzusehen. Viele Juden wurden aus den Wohnungen geschmissen und alte Männer mußten sich am Josefsplatz beim Hotel Bristol aufstellen, um sich beschimpfen und anspucken zu lassen.“<sup>44</sup>

In Groß-Enzersdorf wurden Juden und Jüdinnen in der Nacht auf den 10. November um drei Uhr morgens aus ihren Wohnungen und Häusern geholt und in einem Seitenzimmer des Gemeindegasthauses am Hauptplatz zusammengetrieben. Schließlich wurden sie auf zwei Lastwagen gepfercht und in die Nähe der Ortschaft Winden am See im Burgenland transportiert und dort auf offener Straße abgeladen. Nach einer Stunde brachte man sie über Wien nach Groß-Enzersdorf zurück und sperrte sie in der Synagoge ein. In die Wohnungen und Häuser durfte niemand zurück. Am 10. November um zehn Uhr abends wurden die Männer und Burschen wieder nach Wien transportiert, die Frauen und Kinder fünf Tage in einem Kuhstall festgehalten und anschließend nach Wien vertrieben.<sup>45</sup>

In Horn lebten im November 1938 keine Juden und Jüdinnen mehr. Dennoch wurden in den Morgenstunden des 10. November die Fenster- und Auslagenscheiben fast aller Häuser und Geschäfte, von denen bekannt war, dass sie in jüdischem Besitz waren, eingeschlagen. Auch die Scheiben des Bethauses und einige Fenster der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes fielen der Zerstörung anheim. Die SA übernahm in weiterer Folge die Wohnungseinrichtungen, um „Diebstähle“ zu verhindern, wie sie zynisch argumentierte.<sup>46</sup>

In Krems erhielt, wie bereits zitiert, die SS-Standarte 52 in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 um vier Uhr morgens den telefonischen Auftrag aus Wien, den Juden und Jüdinnen die Fensterscheiben und Türen einzuschlagen.<sup>47</sup> Die Synagoge hatte bereits zwei Monate zuvor, am 17. und 18. September 1938, von den Kremser Juden und Jüdinnen unter Aufsicht der SA „geräumt“ werden müssen.<sup>48</sup>

In Mödling wurde das Innere der Synagoge zerstört und das Gebäude anschließend in Brand gesteckt. Die „Mödlinger Nachrichten“ berichteten darüber folgendermaßen:

---

40 Kneil, Religiöses Leben, S. 186.

41 Ebenda.

42 Freihammer, Amstettner Juden, S. 6.

43 Meissner/Fleischmann, Juden von Baden, S. 106.

44 Ebenda.

45 Katz, Nazi-Terror, S. 4 f. sowie Injoest, Ordner IKG Groß-Enzersdorf, Bericht von Dr. Karl Katz „Die Israelitische Kultusgemeinde Groß-Enzersdorf“, Nutley, New Jersey 1967, S. 11 f.

46 Rabl, Juden in Horn, S. 211.

47 Streibel, Krems im Dritten Reich, S. 50.

48 Streibel, Plötzlich waren sie alle weg, S. 59.

„Als Vergeltung für die meuchlerische Mordtat an dem Legationsrat v. Rath der Deutschen Gesandtschaft in Paris wurden wie andernorts auch in Mödling und in den Nachbarorten in der Nacht zum 10. d. [des Monats] alle politisch verdächtigen Juden und Jüdinnen verhaftet. In Mödling haben schon Vormittag empörte Volksgenossen vor dem Judentempel in der Enzersdorferstraße demonstriert und die Inneneinrichtung zertrümmert. Dabei kam es durch Kurzschluss [sic!] zu einem Brand, der noch vor Eintreffen der Feuerwehr gelöscht werden konnte. Bei den Abräumungsarbeiten im Inneren entstand [sic!] nachmittags abermals ein Brand, der in dem umherliegenden Material reiche Nahrung fand und schließlich auch die Dachkonstruktion ergriff und einäscherte. Die auf dem Brandplatz erschienene Stadtfeuerwehr beschränkte sich darauf, die Nachbarhäuser zu sichern. Vor dem Tempel hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die gespannt den Verlauf des Brandes beobachtete.“<sup>49</sup>

Über die „Reichskristallnacht“ in Stockerau ist wenig bekannt. Da die Evangelische Gemeinde der Stadt die Synagoge bereits im Sommer 1938 „arisiert“ hatte und der Umbau sowie die Weihe zu einer Kirche noch vor dem Pogrom erfolgt waren, konnte diese nicht mehr zerstört oder demoliert werden.<sup>50</sup>

In St. Pölten drangen in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 mehrere Personen, wahrscheinlich Angehörige von SA und SS, in das Kantorhaus neben der Synagoge ein, legten Feuer und zerschlugen die Fensterscheiben. Der Schaden hielt sich in Grenzen und der Brand konnte gelöscht werden.<sup>51</sup> Einige Stunden später aber, am Vormittag des 10. November, versammelten sich vor dem Gebäude 300 bis 400 Personen, teils in Uniform (darunter Angehörige von SA, SS, HJ und Reichsarbeitsdienst), teils in Zivil.<sup>52</sup> Die Menge zerstörte an diesem Vormittag unter dem Absingen politischer Lieder das Innere der Synagoge vollständig.<sup>53</sup>

Am 10. November 1938 wurde auch die Klosterneuburger Synagoge in Brand gesteckt.<sup>54</sup>

In Tulln richtete sich, da das Bethaus seit Monaten geschlossen war, der Zorn der Nationalsozialisten gegen den jüdischen Friedhof der Stadt. Am 9. oder 10. November 1938 wurde er von der SS verwüstet; Grabsteine wurden mit schweren Hämmern zertrümmert und der Dachstuhl der Leichenhalle zerstört. Die Totenbahre, die sich im Gebäude befand, lag am nächsten Tag zerbrochen auf dem Tullner Hauptplatz.<sup>55</sup>

In Neupölla im Waldviertel wurde die dort wohnende Familie Biegler Opfer gewalttätiger Übergriffe. Die Scheiben des Geschäftes wurden eingeschlagen und Alois, Ida und Laura

49 Mödlinger Nachrichten, 12. 11. 1938.

50 Krehan, Geschichte von Stockerau, S. 231.

51 NÖN (St. Pölten), 45/1988.

52 Injoest, Urteil des Kreisgerichtes St. Pölten 6 Vr 201/49-39 vom 11. 3. 1952 und Schreiben des Sicherheitsdienstes (SD) des Reichsführers SS, Außenstelle St. Pölten, an den SD-Unterabschnitt Wien vom 10. 11. 1938.

53 Injoest, Urteil des Kreisgerichtes St. Pölten 6 Vr 201/49-39 vom 11. 3. 1952.

54 NÖLA, Akt 18 II/4 1940/41 – Israelitische Kultusgemeinde Neuwahlen, Schreiben des Landrates Tulln an die LH Niederdonau vom 31. 1. 1939 sowie Koller-Glück, Was wurde aus den Synagogen in Niederösterreich, S. 3.

55 Schwarz, Tulln ist judenrein, S. 130.

Biegler von Teilen der Bevölkerung des Dorfes unter den Rufen „Juda verrecke im eigenen Drecke!“ durch den Ort geprügelt.<sup>56</sup>

Für den Abend des 9. November 1938 planten die Wiener Neustädter Nationalsozialisten einen Fackelzug. Anders als sonst war das Ziel des Aufmarsches diesmal nicht der Hauptplatz, sondern die Synagoge am Baumkirchnerring. Der Zug marschierte unter dem Absingen nationalsozialistischer Lieder und dem Brüllen antisemitischer Parolen an dem Gebäude vorbei. Viele warfen ihre Fackeln auf die Grünfläche zwischen Zaun und Fassade der Synagoge. Schließlich drangen die Nationalsozialisten in das Gebäude ein. Sie zerschlugen die Fensterscheiben und zertrümmerten die Inneneinrichtung. Der große Davidstern, der die Fassade schmückte, wurde mit Hämmern vollständig zerstört. Anschließend wurden Juden aus ihren Wohnungen gezerrt, in die Synagoge gebracht, dort beschimpft, gedemütigt und geschlagen.<sup>57</sup>

Der Großteil jener Juden und Jüdinnen, die während des Pogroms noch in Niederösterreich lebten, entschloss sich nun endgültig zur Flucht nach Wien oder ins Ausland. Nur wenige Menschen verblieben noch bis 1940 im Land.

## Vom Pogrom zur Auflösung der Gemeinden 1940

Nach diesen Ausschreitungen verschärften die Nationalsozialisten ihre antijüdische Politik. Am 12. November fand in Hermann Görings Reichsluftfahrtministerium eine Sitzung statt, in der die weitere Vorgangsweise gegen die Juden und Jüdinnen besprochen und ihre endgültige Entrechtung eingeleitet wurde.<sup>58</sup> Sie mussten eine sogenannte „Sühneleistung“ in Höhe von einer Milliarde Reichsmark erbringen. Diese Summe wurde später zusätzlich erhöht.<sup>59</sup> Die angerichteten Schäden hatten die Juden und Jüdinnen „zur Wiederherstellung des Straßenbildes“ auf eigene Kosten zu beseitigen, Versicherungsansprüche verfielen zu Gunsten des Reiches. Die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ vom 12. November verfügte die Schließung aller noch bestehenden jüdischen Geschäfte bis 31. Dezember 1938.<sup>60</sup> Am 3. Dezember ermöglichte die „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“, alle Geschäfte, Gewerbebetriebe, Liegenschaften und Grundstücke, die sich in jüdischem Besitz befanden, mit einer Veräußerungsfrist zu belegen, womit die „Zwangsarisierung“ eingeleitet war. Schmuck und Wertgegenstände mussten bis Ende Februar 1939 autorisierten Händlern zum Verkauf angeboten werden.<sup>61</sup> In St. Pölten übernahm das Dorotheum diese Aufgabe.<sup>62</sup> Am 12. November wurde den Juden und Jüdinnen zudem der Besuch öffentlicher Veranstaltungen, von Theatern, Kinos, Konzerten, Vorträgen und Ausstellungen verboten. Die Verwaltungsbehörden erhielten die Möglichkeit, Juden und Jüdinnen den Besuch von Bezirken oder Stadtteilen zu verbieten und vorzuschreiben, wann

---

56 Polleroß, „Ich erinnere mich nicht gerne“, S. 283.

57 Flanner, Wiener Neustädter Synagoge, S. 1.

58 Döschner, „Reichskristallnacht“, S. 112–116.

59 Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, S. 143 ff.

60 Döschner, „Reichskristallnacht“, S. 116. Dazu und zum Folgenden siehe: Jabloner / Bailer-Galanda / Blimlinger, Schlussbericht der Historikerkommission; Felber / Melichar / Priller, Ökonomie der Arierisierung, Teil 1 und Teil 2.

61 Moser, Verfolgung der Juden, S. 338.

62 Lind, „... es gab so nette Leute dort“, S. 222.

sie sich in der Öffentlichkeit zeigen durften. Des Weiteren wurde jüdischen Kindern verboten, nichtjüdische Schulen zu besuchen.<sup>63</sup> Auch vor den Gefängnissen machten die antijüdischen Maßnahmen nicht halt. Am 16. Jänner 1939 untersagte das Reichsjustizministerium den Landgerichten, denen Gerichtsgefängnisse unterstanden, sowie Strafanstalten, Arbeitshäusern und den Erziehungsanstalten in Wien-Kaiserebersdorf und Hirtenberg die Zulassung jüdischer Häftlingsseelsorge.<sup>64</sup>

Im Gefolge des Pogroms und der folgenden antijüdischen Maßnahmen kam es, wie bereits angesprochen, zu einer weiteren Fluchtwelle niederösterreichischer Juden und Jüdinnen nach Wien. Dort wurden sie von den NS-Behörden in überfüllten „jüdischen“ Wohnungen konzentriert.<sup>65</sup>

In Niederösterreich versuchten die noch bestehenden Kultusgemeinden ein einigermaßen funktionierendes Gemeindeleben aufrechtzuerhalten. Für den Fall, dass die Vorstände der IKG nicht mehr handlungsfähig waren, sollte die Bestellung eines kommissarischen Leiters aus den Reihen der Gemeindemitglieder bei der Landeshauptmannschaft beantragt werden. Am 10. Jänner 1939 verfügte Letztere zudem die Sicherstellung und Übernahme der Matriken der IKG durch die Landräte und Oberbürgermeister für den Fall, dass sie zu bestehen aufhörten. Weiters waren Kultgegenstände oder Bibliotheken von denkmalpflegerischem Wert „sicherzustellen“.<sup>66</sup> Nicht alle Gemeinden – bis März 1939 lösten sich die IKG Gänserndorf, Hollabrunn, Horn, Mistelbach, Stockerau und Waidhofen an der Thaya auf – übergaben ihre Matriken den Landräten.<sup>67</sup> In einigen Fällen wurden sie von Funktionären der jeweiligen IKG nach Wien gebracht und dort der Kultusgemeinde übergeben. Die Nationalsozialisten hatten an den Matriken insofern Interesse, als sie für die Deportationen und die Erstellung von Abstammungsnachweisen für die „NS-Rassenpolitik“ von besonderer Bedeutung waren. Am 29. April 1940 wurde die Übergabe der Matriken aller Kultusgemeinden bis 30. Juni 1940 an den Reichsgau Wien verfügt.<sup>68</sup> Unter den Beständen, die das Matrikelamt der Wiener IKG Ende Mai ablieferte, befanden sich auch 31 Matrikenbände aus den Gemeinden Groß-Enzersdorf, Mödling, Amstetten, Hollabrunn, Stockerau, St. Pölten und Baden. Die Matriken aus Klosterneuburg, also der IKG Tulln, befanden sich zu dieser Zeit im Archiv für Niederdonau.<sup>69</sup>

Am 17. Mai 1939 lebten in Niederösterreich noch 1.969 Juden und Jüdinnen, davon 1.550 sogenannte Glaubensjuden und -jüdinnen. Wenige Monate später, am 15. September 1939, war ihre Zahl auf 377 gesunken.<sup>70</sup> Innerhalb von 18 Monaten hatten die Nationalsozialisten den Großteil der niederösterreichischen Juden und Jüdinnen nach Wien oder ins Aus-

---

63 Döscher, „Reichskristallnacht“, S. 116 f.

64 Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 202.

65 Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht, S. 132.

66 NÖLA, Akt 18 II/4 1940/41 – Israelitische Kultusgemeinde Neuwahlen, Schreiben der Landeshauptmannschaft Niederdonau an die Bezirkshauptmänner und Oberbürgermeister des Gaus vom 10. 1. 1939.

67 NÖLA, Akt VI/3 3081 1939 – Jüd. Kultusgemeinden in der Ostmark-Erhebung (RSND Karton 654), Schreiben der LH Niederdonau an das Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten vom 23. 3. 1939, Abschrift.

68 „Verordnung über die Aufbewahrung und Fortführung der Matrikenbücher für Juden in den Reichsgauen der Ostmark, im Reichsgau Sudetenland und in den in die Länder Preußen und Bayern eingegliederten sudetendeutschen Gebietsteilen“, 29. 4. 1940, RGBl. I S. 694.

69 Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 256.

70 Ebenda, S. 194, 198.

land vertrieben, viele Gemeinden waren zerstört worden. Bis Jahresende 1939 lösten sich weitere IKG auf, im Dezember bestanden nur noch die Gemeinden in Baden, Krems, St. Pölten und Wiener Neustadt.<sup>71</sup>

Am 30. November 1939 schlug Adolf Eichmann in einem entsprechenden Gutachten Reichskommissar Josef Bürckel vor, die IKG außerhalb Wiens aufzulösen und ihr Vermögen zu verkaufen bzw. einzuziehen.<sup>72</sup> Wenige Tage später, am 7. Dezember 1939, ernannte Bürckel Eichmann zum „Sonderbevollmächtigten für das Vermögen der Israelitischen Kultusgemeinden in der Ostmark“. Gleichzeitig wurde ihm vom bisher zuständigen Staatskommissar die Verwaltung der „Allgemeinen Stiftung für jüdische Fürsorge in Wien“ übertragen. Eichmann, der in seiner neuen Funktion direkt Bürckel unterstand, hatte alle seine Verfügungen im Einvernehmen mit den zuständigen Staatspolizeileitstellen zu treffen. Das Aufsichtsrecht der zuständigen Verwaltungsbehörden über die IKG blieb aber weiter bestehen.<sup>73</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt war für die Liquidierung des Vermögens der IKG außerhalb Wiens der „Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände“ zuständig gewesen.<sup>74</sup> Am 23. Februar 1940 teilte Eichmann dem Leiter der IKG Wien, Dr. Josef Löwenherz, seine Ernennung mit.<sup>75</sup> Am 16. März 1940 ließ er die IKG Wien wissen, dass die „Vorbereitung der Liquidation des Vermögens der Israelitischen Kultusgemeinden [...] durch ihre Organe nach meinen Anordnungen bzw. nach den Anordnungen meiner Sachbearbeiter zu erfolgen [hat]. Die Erteilung der Genehmigung zu den einzelnen Veräußerungsgeschäften habe ich mir vorbehalten.“<sup>76</sup> Dies bedeutete, dass jede „Arisierung“ von Gemeindevermögen der Zustimmung Eichmanns bedurfte.<sup>77</sup>

Bis Ende März 1940 war die Zahl der Juden und Jüdinnen in Niederdonau weiter gesunken. Nach den Erhebungen der IKG Wien lebten im Gau noch 262 sogenannte Glaubensjuden und -jüdinnen. In der entsprechenden Statistik heißt es:

„Nachstehend geben wir auf Grund der von unseren Vertrauensleuten erstatteten Meldungen und unseren eigenen Erhebungen den Stand der dermalen noch in den Provinzorten der Ostmark wohnhaften Glaubensjuden bekannt wie folgt:

1. Niederdonau:

1. Baden b. Wien	43
2. Amstetten u. Umgebung	53
3. Korneuburg	6
4. Krems a. d. D.	16

---

71 NÖLA, Akt VI/3 3081 1939 – Jüd. Kultusgemeinden in der Ostmark-Erhebung (RSND Karton 654), Bericht der LH Niederdonau an das Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten betreffend jüdische Kultusgemeinden in der Ostmark, abgefertigt am 2. 1. 1940.

72 Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 221.

73 NÖLA, Rückstellungsakten, Akt 114 IX/5 1952 – Israel. Kultusgem. Mistelbach, Verfügung des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich betreffend Einsetzung eines Sonderbevollmächtigten für das Vermögen der Israelitischen Kultusgemeinden in der Ostmark vom 7. 12. 1939, Abschrift.

74 Jensen Duizend, Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds, S. 126.

75 Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 221.

76 NÖLA, Rückstellungsakten, Akt 114 IX/5 1952 – Israel. Kultusgem. Mistelbach, Schreiben des Sonderbevollmächtigten für das Vermögen der Israelitischen Kultusgemeinden in der Ostmark an die IKG Wien vom 16. 3. 1940, Abschrift.

77 Vgl. auch Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht, S. 149.

5. Stockerau	4
6. St. Pölten mit eingemeindeten Gemeinden	38
7. St. Pölten Umgebung	58
8. Wiener Neustadt u. Umgebung	21
9. Tulln u. Umgebung	23 <sup>67-78</sup>

In den folgenden Wochen wurde die Vertreibung der Juden und Jüdinnen aus Niederösterreich forciert. Die Gestapo missbrauchte dazu eine Gruppe von Angestellten der IKG Wien. Diese musste „Juden-Umsiedlungen“ innerhalb und außerhalb Wiens durchführen.<sup>79</sup> Bis Ende Mai war Niederösterreich weitgehend „judenfrei“.<sup>80</sup> Nach einer Namensliste vom 28. Juni 1940 lebten im Gau noch 95 Juden und Jüdinnen, der Großteil davon in Baden.<sup>81</sup>

Parallel zur Vertreibung ging die Liquidierung der jüdischen Gemeinden weiter. Deren endgültige Auflösung verfügte das Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten am 28. Juni 1940. Per 1. August sollten diese in die IKG Wien eingegliedert und noch vorhandenes Vermögen in den Besitz der Wiener Gemeinde übertragen werden.<sup>82</sup>

Am 17. August 1940 entthob der Reichsstatthalter von Wien Eichmann seines Amtes als Sonderbevollmächtigten, da „nunmehr der Hauptzweck der Bestellung des Sonderbevollmächtigten, die Sicherstellung bezw. die Bezahlung der Aufbauumlage und Verwaltungsgebühr, ferner die Auflösung der Israelitischen Kultusgemeinden in der Ostmark, außerhalb Wiens, vollzogen sind“.<sup>83</sup>

Am 10. September 1940 musste Dr. Löwenherz beim für die Abwicklung der „Arisierungen“ in Niederösterreich zuständigen Sonderdezernat IV d-8 der Behörde des Reichsstatthalters Niederdonau vorsprechen. Der zuständige Dezernent, Dr. Mayer, verlangte einen Bericht über die Auflösung der Kultusgemeinden des Gaus und wohl auch Informationen über die durch Eichmann erfolgten „Arisierungen“.<sup>84</sup>

Die Zerstörung der jüdischen Gemeinden Niederösterreichs war damit abgeschlossen.

## Schlussbemerkung

Nach 1945 erhielt die IKG Wien die „arisierten“ Liegenschaften der zerstörten jüdischen Gemeinden Niederösterreichs, also die Synagogen, Bethäuser und Friedhöfe restituiert. Auf Grund ihrer angespannten finanziellen Situation veräußerte sie in der Folge mehrere der Synagogengrundstücke, die ehemaligen Gotteshäuser wurden abgerissen und mussten Neubauten weichen.

---

78 Moser, Verfolgung der Juden, S. 369.

79 Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht, S. 177.

80 Ebenda, S. 212 sowie Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 222.

81 Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 222.

82 NÖLA, Rückstellungsakten, Akt 114 IX/5 1952 – Israel. Kultusgem. Mistelbach, Schreiben des Reichsstatthalters in Wien an die IKG Wien vom 10. 7. 1940, Abschrift.

83 Ebenda. Schreiben des Reichsstatthalters in Wien an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung vom 17. 8. 1940, Abschrift.

84 Ebenda, Schreiben der Amtsdirektion der IKG Wien an das Amt des Reichsstatthalters Niederdonau, Sonderdezernat IV d-8 vom 11. 9. 1940.

In Wiener Neustadt erfolgte der Abriss im April 1953. Der Österreichische Gewerkschaftsbund errichtete auf dem Grundstück ein Gewerkschaftshaus.<sup>85</sup> Die Synagoge in Groß-Enzersdorf wurde 1961 abgerissen.<sup>86</sup> Die Demolierung der Synagogen in Mistelbach und Krems erfolgte in den 1970er Jahren.<sup>87</sup> Der Abriss der Neunkirchener Synagoge geschah 1984.<sup>88</sup> Die Abtragung der Brandruine der Mödlinger Synagoge erfolgte im Herbst 1987.<sup>89</sup> Der Großteil der Synagoge von Klosterneuburg musste 1991 einem (nichtjüdischen) Neubau weichen, nur der Wohntrakt blieb erhalten.<sup>90</sup>

Die St. Pöltner Synagoge konnte vor dem Abriss gerettet und in den 1980er Jahren renoviert werden.<sup>91</sup> Heute ist in dem Gebäude, das mit Abstrichen als einzige erhalten gebliebene Synagoge Niederösterreichs bezeichnet werden kann, das Institut für jüdische Geschichte Österreichs untergebracht. Ende der 1980er Jahre war auch der Abbruch der Synagoge in Baden geplant, musste schließlich aber wieder aufgeschoben werden.<sup>92</sup> Mittlerweile strahlt sie in neuem Glanz und beherbergt mit dem Badener Synagogenverein die einzige jüdische Gemeinde Niederösterreichs.

Wie aus diesen Zeilen ersichtlich, erfolgte die Zerstörung der meisten jüdischen Götteshäuser erst in der Zweiten Republik. Während der Zeit der NS-Herrschaft wurde nur die Synagoge in Hohenau, die zur Mistelbacher IKG gehörte, im Frühjahr 1939 abgerissen.<sup>93</sup>

Andere niederösterreichische Synagogen bekamen noch während des Krieges oder nach Kriegsende einen profanen Verwendungszweck. Beispielsweise befinden sich heute in der ehemaligen Gänserndorfer Synagoge eine Musikschule und ein Kindergarten<sup>94</sup>, das Bethaus in Hollabrunn dient als Wohnhaus<sup>95</sup>, und in das Horner Bethaus zog das Gesundheitsamt der Bezirkshauptmannschaft ein<sup>96</sup>. Die Synagoge in Stockerau wurde, wie bereits erwähnt, in eine auch noch heute bestehende evangelische Kirche umgewandelt.

Anders als im Fall der Synagogen und Synagogengrundstücke sind die niederösterreichischen jüdischen Friedhöfe unveräußerlich. Sie müssen aus religiösen Gründen von der IKG Wien erhalten werden. Diese sieht sich dazu seit 1945 kaum in der Lage, weshalb viele der Anlagen in einem mehr oder weniger verwahrlosten Zustand sind. Es wäre wünschenswert, würden sich die jeweiligen Gemeinden, in denen sich die Friedhöfe befinden, mehr um deren Erhalt kümmern bzw. zumindest von ihnen eingegangene Verpflichtungen einhalten, zeugen doch nur noch die Friedhöfe neben den wenigen Synagogen und Bethäusern von der einstigen Existenz 15 jüdischer Gemeinden in Niederösterreich. Es ist zu hoffen, dass das Abkommen vom 22. Dezember 2009, geschlossen von Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler Josef Pröll, dem Wiener Bürgermeister Michael Häupl, dem Landeshauptmann

---

85 Gerhartl, Geschichte der Juden, S. 98 f.

86 Katz, Geschichte der Juden in Groß-Enzersdorf, S. 22.

87 Klöner, Israelitische Kultusgemeinde Mistelbach, S. 12; Koller-Glück, Was wurde aus den Synagogen.

88 Milchram, Neunkirchen, S. 43.

89 Burger/Rinner/Strobl, Ausgelöscht, S. 159.

90 Der Standard, 13. 8. 2001.

91 St. Pölten konkret, Nr. 5/1988.

92 Zentrum, 18/1988.

93 Marktgemeinde Hohenau (Hrsg.), Anton Schultes Heimatbuch der Marktgemeinde Hohenau a. d. March. Erweiterte Neuauflage der 1934 erschienenen Beiträge zur Heimatkunde von Hohenau. Bearbeitet und ergänzt von Robert Franz Zelesnik, Hohenau 1959, S. 485.

94 NÖN (Gänserndorf), 2. 8. 1984.

95 Genée, Synagogen in Österreich, S. 82.

96 Erich Rabl, Die jüdische Bevölkerung Horns: vertrieben und ausgelöscht, in: Horner Kalender 1989, S. 23.

## Die Zerstörung der jüdischen Gemeinden Niederösterreichs 59

---

von Niederösterreich Erwin Pröll und der Israelitischen Kultusgemeinde, vertreten durch Präsident Ariel Muzicant und Vizepräsident Oskar Deutsch, umgesetzt und die erwünschte Sanierung der Friedhöfe bringen wird. Das Abkommen sieht vor – unterstützt von den Ländern –, mit jenen Gemeinden, in denen sich jüdische Friedhöfe befinden, Pflege- und Instandhaltungsverträge abzuschließen. Die hohen Kosten für die Sanierung sollen durch einen von der Republik Österreich und durch Spendenaktionen der Kultusgemeinden gespeisten Fonds abgedeckt werden.<sup>97</sup>

---

97 [www.ikg-wien.at/static/unter/html/re\\_index.htm](http://www.ikg-wien.at/static/unter/html/re_index.htm) (download: 19. 1. 2010).